

KPÖ (O) - 1. Konferenz - Organisationsstatut - Version 1, [21.-22. Mai 1927]

4 Seiten, Faksimile

-1-

ORGANISATIONSTATUT

der Kommunistischen Partei Österreichs

(OPPOSITION)

§1.) MITGLIEDSCHAFT. Mitglied ~~ist~~ der K..P.Oe. (Oppositio-
ner das Programm und das Statut der Partei anerkennt, einer Zelle (Ortsgrupp-
als Mitglied angehört und darin aktiv arbeitet, sich allen Beschlüssen der
Partei unterordnet und regelmäßig den Parteibeitrag entrichtet. Jedes Part-
mitglied soll gewerkschaftlich organisiert sein.

§2.) AUFBAU der P A R T E I und P A R T E I D I S Z I P L I N .

Die Partei ist auf Grundlage des demokratischen Zentralismus aufge-
baut. Die Parteiorgane werden in Vollversammlungen der Mitglieder, auf Kon-
ferenzen, auf den Parteitagen gewählt und legen periodisch Rechenschaft ab
vor den Mitgliedern. Die Beschlüsse des Parteirates, des Parteivorstandes und
aller Parteinstanzen sind rasch und gewissenhaft durchzuführen. Die Be-
sprückung aller Fragen, die Differenzen hervorrufen, ist vollständig frei,
solange kein Beschluss durch die zuständigen Parteiorgane gefasst ist.

§3.) GLIEDERUNG der P A R T E I . Die Partei gliedert sich in Be-
triebzellen (Strassenzellen), Ortsgruppen, Bezirksorganisationen und die
Reichsorganisation. Die Betriebszelle ist die Grundlage der Parteiorgan-
isation. Mitglieder, die in keinem Betrieb arbeiten, werden zu Strassenzellen
ihres Wohnortes zusammengefasst. In Wien bildet jeder selbständige Bezirk
eine Bezirksorganisation. In der Provinz sind die Zellen eines Ortes zu
einer Ortsgruppe, mehrere Ortsgruppen zu einer Bezirksorganisation zusam-
mengefasst.

In der Zelle ist die höchste Parteinstanz die Zellenversammlung, in
der Ortsgruppe die Ortssitzgliederversammlung, in der Bezirksorganisation
die Bezirksmitgliederversammlung, soweit dies aber die Zahl der Mitglieder
oder die Entfernung notwendig macht, die Bezirkskonferenz.

Diese Organe wählen zur Führung der laufenden Geschäfte die Zellenlei-
tung, Ortsleitung, Bezirksleitung und zur Kontrolle der Finanzgebarung
Kassenrevisoren.

§4.) Der P A R T E I T A G. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei. Er wird vom Parteivorstand in der Regel einmal im Jahre einberufen. Er muss einberufen werden, wenn drei Viertel der Mitgliedschaft es verlangt.

Abstimmungsberechtigt sind nur die Delegierten. Diese werden in der Bezirksmitgliederversammlung (Bezirkskonferenz) gewählt. Die ^{Norm} ~~Karte~~ der Vertretung bestimmt der erweiterte Parteivorstand.

§5.) Der P A R T E I V O R S T A N D. Der Parteivorstand ist das höchste Organ während der Zeit, da der Parteitag nicht tagt. Die Zahl seiner Mitglieder bestimmt der Parteitag. Der Parteivorstand wählt aus seiner Mitte das Präsidium, das politische Büro und besetzt die verschiedenen Ressorts.

Der E r w e i t e r t e P a r t e i v o r s t a n d wird vom Parteitag gewählt. Er wird vom Parteivorstand zur Fassung von weittragenden Beschlüssen einberufen und übt in der Zeit, da der Parteitag nicht tagt die politische Kontrolle aus.

D i e Z e n t r a l e R e v i s i o n s k o m m i s s i o n, zur Kontrolle der Kasse, der Buchführung und der gesamten Geschäfte, wählt der Parteitag die zentrale Revisionskommission. Sie legt allfällige Wünsche und Beschlüsse dem Parteivorstand vor und erstattet dem Parteitag Bericht. Der Vorsitzende der zentralen Revisionskommission nimmt an allen Sitzungen des Parteivorstandes beratend teil, die Mitglieder der zentralen Revisionskommission nehmen beratend teil an den Sitzungen des Erweiterten Parteivorstandes.

§6.) D I E W A H R U N G D E R P A R T E I D I S Z I P L I N. Erfolgt durch die zuständigen Parteinstanzen oder durch von ihnen eingesetzten Parteigerichte. Der Beauftragte hat das Recht, sich eines Parteimitgliedes zu bedienen, der Parteimitglied sein muss.

Die Schlichtung von Zwistigkeiten unter Mitgliedern erfolgt durch Schiedsgerichte.

§7.) DER P A R T E I B E I T R A G. Die jeweilige Höhe des Parteibetrages bestimmt der Parteitag oder der Parteivorstand. In Wien sind 70% in Niederösterreich sind 20%, in der sonstigen Provinz 10 % vom Beitrag der Reiskasse abzuführen. Der Parteibetrag ist monatlich zu entrichten, die Abrechnung muss jeden Monat erfolgen. In ausserordentlichen Fällen hat der Parteivorstand das Recht, Zuschläge zum Parteibetrag zu beschliessen.

§8.) In allen ausserparteilichen Organisationen und Organen haben die Parteimitglieder zur Verwirklichung der Linie der Partei zusammenzuwirken.

al im Jahre einberufen. Er muss einberufen werden, wenn $\frac{3}{4}$ der Mitgliedschaft es verlangt. Abstimmungsberechtigt sind nur die Delegierten. Diese werden in der Bezirksmitgliederversammlung (Bezirkskonferenz) gewählt. Die Norm der Vertretung bestimmt der erweiterte Parteivorstand.

§ 5. Der Parteivorstand. Der Parteivorstand ist das höchste Organ während der Zeit, da der Parteitag nicht tagt. Die Zahl seiner Mitglieder bestimmt der Parteitag. Der Parteivorstand wählt aus seiner Mitte das Präsidium, das politische Büro und besetzt die verschiedenen Ressorts.

Der erweiterte Parteivorstand wird vom Parteitag gewählt. Er wird vom Parteivorstand zur Fassung von weittragenden Beschlüssen einberufen und übt in der Zeit, da der Parteitag nicht tagt, die politische Kontrolle aus.

Die zentrale Revisionskommission zur Kontrolle der Kasse, der Buchführung und der gesamten Geschäfte, wählt der Parteitag die zentrale Revisionskommission. Sie legt allfällige Wünsche und Beschwerden dem Parteivorstand vor und erstattet dem Parteitag Bericht. Der Vorsitzende der zentralen Revisionskommission nimmt an allen Sitzungen des Parteivorstandes beratend teil, die Mitglieder der zentralen Revisionskommission nehmen beratend an den Sitzungen des erweiterten Parteivorstandes teil.

§ 6. Die Wahrung der Parteidisziplin, erfolgt durch die zuständigen Parteinstanzen oder durch von ihnen eingesetzte Parteigerichte. Der Beschuldigte hat das Recht, sich eines Verteidigers zu bedienen, der Parteimitglied sein muss.

Die Schlichtung von Zwistigkeiten unter Mitgliedern erfolgt durch Schiedsgerichte.

§ 7. Der Parteibeitrag. Die jeweilige Höhe des Parteibeitrages bestimmt der Parteitag oder der Parteivorstand. In Wien sind 70 %, in Niederösterreich 30 %, in der sonstigen Provinz 10 % vom Beitrag an die Reichskasse abzuführen. Der Parteibeitrag ist monatlich zu entrichten, die Abrechnung muss jeden Monat erfolgen. In ausserordentlichen Fällen hat der Parteivorstand das Recht, Zuschläge zum Parteibeitrag zu beschliessen.

§ 8. In allen ausserparteilichen Organisationen und Organen haben die Parteimitglieder zur Verwirklichung der Linie der Partei zusammenzuwirken .